

Antrag der Jugenddelegierten Königsdörfer – Unkonventionelle Erdgasförderung („Fracking“), ein unzumutbarer Eingriff in die Natur

Die Synode möge beschließen:

1. Die Landessynode lehnt unter den gegenwärtigen Bedingungen alle Bestrebungen ab, nach Schiefer-Gasvorkommen zu suchen und diese durch „Fracking“ zu erschließen.
2. Sie sieht in der vorgesehenen Methode des „Fracking“ einen unzumutbaren Eingriff in die Natur und insbesondere eine extreme Gefährdung der Ressource Wasser und des Bodens.
3. Die Synode bittet Bundesregierung und Bundesrat, das Genehmigungsverfahren zum Fracking erneut zu prüfen und die Genehmigung zur unkonventionellen Erdgasförderung vorerst nicht zu erteilen. Es wird empfohlen, eine umfassende Prüfung des Verfahrens nach den Empfehlungen des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes durchzuführen, um Risiken für Mensch und Umwelt auszuschließen.
4. Zudem fordert die Landessynode die Bundesregierung auf, eine grundlegende Reform des veralteten Bundesberggesetzes einzuleiten. Besonders hervorzuheben sind die Punkte
 - verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung für alle geplanten Eingriffe und Förderverfahren, insbesondere das Fracking sowie
 - die selbstverständliche Beteiligung von Bürgern und Anwohnern bei geplanten Fördervorhaben. Genehmigungsverfahren sollen transparent und ergebnisoffen gestaltet werden.
5. Ebenso bittet die Landessynode die betroffenen Gemeinden und Kirchenkreise der EKM, sich mit der Problematik des „Fracking“ zu befassen und sich in den gesellschaftspolitischen Dialog über die Anwendung des Verfahrens einzuschalten.

Begründung:

Seit einiger Zeit werden die Gemüter auf dem Gebiet der Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen durch das Thema Fracking erhitzt.

Dabei handelt es sich um eine sogenannte unkonventionelle Methode der Erdgasförderung, die unter anderem durch das kanadische Unternehmen BNK Petroleum nun auch auf bundesdeutschem Gebiet angewandt werden soll.

Laut derzeitigem Stand ist das Verfahren sehr umstritten, besonders in umweltrelevanter Hinsicht.

Der Thüringer Landtag hat sich klar gegen das Verfahren ausgesprochen; von Sachsen-Anhaltischer Seite steht eine endgültige Entscheidung noch aus.

Konkret wendet sich die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland gegen folgende Punkte:

- Beim Fracking-Verfahren werden hohe Mengen an Energie aufgewandt:

Pro Bohrung bedeutet dies zum Beispiel einen Einsatz von 16T Kubikmetern Wasser und 50 Tonnen hochgiftiger und zum Teil radioaktiver Chemikalien. Zwar wird ein Teil des Fracking-Wassers wieder abgepumpt, ein nicht unbeträchtlicher Teil verbleibt allerdings im Boden.

- Es ist eine größere Anzahl an Bohrstationen nötig, als bei bisherigen Gasförderprogrammen. Dies bedeutet einen weiteren massiven Eingriff in Natur und Landschaftsbild.

Die Auswirkungen auf künftige Generationen, besonders in Hinblick auf die im Boden verbleibenden Abwässer, sind ungewiss. Im Sinne der Schöpfungsbewahrung und der Verantwortung ihr gegenüber tritt die Landeskirche dafür ein, dass zunächst die Möglichkeiten des Energiesparens wahrgenommen werden sollten, um Energieverknappung zu begegnen. Die Erkundung des Erdgasvorkommens unterläuft das Ziel der zügigen Erzeugung erneuerbarer Energien und widerspricht somit den Strategien, die sich an der Schöpfungsverantwortung wie Ressourcenschonung orientieren.

Die EKM hat sich, in Hinblick auf Energieeinsparung und erneuerbarer Energieerzeugung, wichtige Schritte vorgenommen, unter anderem den bereits bekannten Beschluss, den Eigen-Energie-Bedarf der kommenden Jahre aus Windenergie zu decken.